

Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 34 | Juli 2022



Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament

Liebe Leserin, lieber Leser,



Seit meiner letzten Ausgabe des „Blickpunkt Europa“ gab es gravierende Bewegungen in der Europäischen wie auch in der Weltpolitik.

Die Ukraine wurde von dem Nachbarland Russland angegriffen. Über 6 Millionen Menschen sind seither aus der Ukraine in die EU geflüchtet; einige sind wieder zurückgekehrt, viele wurden innerhalb ihres Landes vertrieben. Die EU-Mitgliedstaaten hatten in dieser Situation erstmals die Richtlinie über vorübergehenden Schutz angewendet, die 2001 beschlossen wurde. Darüber hinaus sind die Folgen dieses Krieges vielfältig und stellen uns global und vor Ort vor große Herausforderungen.

Auch im Bereich der digitalen Dienste gibt es Neuerungen. Plattformbetreiber müssen in Zukunft etwa die wichtigsten Parameter ihrer Empfehlungsalgorithmen in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen offenlegen. Dies regelt das EU-Gesetz über digitale Dienste (DAS – Digital Service Act); zudem gibt es Regeln für deren Umgang mit illegalen Inhalten, für das Tracking der Nutzer:innen zu Werbezwecken sowie Verhaltensregeln und Transparenzpflichten für Anbieter digitaler Dienste.

Gerne berichte ich auch in dieser Ausgabe über einige ausgewählte Termine vor Ort in NRW. Zum diesjährigen Girls' Day gibt es einen gesonderten Artikel.

Ich wünsche eine spannende Lektüre!

Karriere, Europa, Feminismus – Der Girls' Day 2022 der SPD- Europa-Abgeordneten aus NRW



Girls' Day 2022 der Sozialdemokratischen Europaabgeordneten aus NRW

Am 28. und 29. April 2022 haben wir sozialdemokratische Europaabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen – Birgit Sippel, Dietmar Köster, Jens Geier und Petra Kammerevert – wieder zum Girls' Day eingeladen. Bereits seit 2017 organisieren wir gemeinsam den Girls' Day, um jungen Frauen aus unseren Betreuungsgebieten Einblicke hinter die Kulissen des Europäischen Parlaments zu geben. Und so konnten auch in diesem Jahr 17 junge Frauen aus ganz Nordrhein-Westfalen mehr über die

Karrierechancen in der EU, Frauenrechte in der EU sowie konkretes europapolitisches Engagement vor Ort erfahren.

Am Donnerstag, den 28. April 2022 war es endlich so weit. Um 12 Uhr wurden die Teilnehmerinnen am Hauptbahnhof in Köln abgeholt, wo der diesjährige Girls' Day coronabedingt stattfand. Im Hostel angekommen, konnten sich alle Teilnehmerinnen erstmal alle untereinander kennenlernen, bevor es mit dem eigent-

lichen Programm los ging. Der erste Programmpunkt bestand aus der Vorstellung verschiedener Praktikamöglichkeiten bei den EU-Institutionen in Brüssel, wie dem Bluebook- und Schuman-Traineeship, bis zum Concours, dem Berufseinstiegsprogramm in die Europäische Union. Anschließend präsentierte die stellvertretende Leiterin der Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, Judith Schilling, ausführlich die EU im Alltag. Für welche Themen ist die EU eigentlich zuständig und wie profitieren wir allgemein von ihr?

Besonders engagiert diskutierten die Teilnehmerinnen mit Laura Kaun, Vertreterin der Brüsseler Dachverbands für Frauenrechte „European Women’s Lobby“ darüber, wieso wir im Jahr 2022 noch Lobbyismus für Frauenrechte brauchen und was das überhaupt bedeutet. Die Teilnehmerinnen tauschten sich darüber aus, wie die Gleich-

stellung europaweit aussieht und stellten fest, dass Interessenvertreterinnen, auch Lobbyistinnen genannt, Gesetzgebungsprozesse auch positiv beeinflussen können.

Nach einem gemeinsamen Abendessen führten die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) noch ein Europaquiz mit den Teilnehmerinnen durch. Die JEF stellte ebenfalls die vielfältigen Möglichkeiten vor, wie man sich direkt in Nordrhein-Westfalen für Europa engagieren kann.

Am zweiten Tag stand vor allem der direkte Austausch mit uns Europaabgeordneten und die politische Arbeit im Europaparlament im Fokus. Die Teilnehmerinnen hatten sich nach dem intensiven Input des Vortags viele Fragen überlegt, die sie uns am Freitagvormittag dann direkt stellen konnten. Wie läuft die Politik eigentlich so ab, was passiert in Brüssel oder

Straßburg, wie sieht der Alltag eines Abgeordneten aus? Aber auch Fragen zur Wichtigkeit von Jugendpartizipation oder ob wir Abgeordneten ein bestimmtes Wiedererkennungsmerkmal wie die „Merkel-Raute“ hätten, wurden gestellt.

Zum Abschluss des gelungenen Girls’ Days luden wir die Teilnehmerinnen noch zu einem letzten gemeinsamen Mittagessen in ein italienisches Restaurant ein, bevor alle wieder abreisten.

Wir bedanken uns bei allen Beteiligten und insbesondere bei den Teilnehmerinnen des Girls’ Days und wünschen ihnen alles Gute für die Zukunft. Ihr Interesse und Engagement haben den Girls’ Day wieder zu einem vollen Erfolg gemacht! Wir freuen uns schon auf den nächsten Girls’ Day – dann hoffentlich wieder im Europäischen Parlament in Brüssel.

EU bringt Plattformregulierung auf den Weg

Im April haben EU-Parlament und Rat unter Leitung der S&D-Chefverhandlerin in 15-stündigen Verhandlungen eine politische Einigung über den Digital Services Act (Gesetz über digitale Dienste) erzielt.

Ziel der Verhandlungen war es, klare Vorgaben gerade für die großen Plattformen festzuschreiben. Das EU-Gesetz über digitale Dienste bringt neue Regeln für deren Umgang mit illegalen Inhalten, für Tracking der Nutzer:innen zu Werbezwecken und sieht Verhaltensregeln und Transparenzpflichten für Anbieter digitaler Dienste vor. Hierfür müssen Plattformbetreiber in Zukunft etwa die wichtigsten Parameter ihrer Empfehlungsalgorithmen in ihren Allgemeinen Geschäftsbedingungen offenlegen.

Was bringen die neuen Regelungen?

Die Regeln bedeuten zum einen mehr Verantwortung für Anbieter digitaler Dienste und zum anderen mehr Verbraucherschutz und Rechtssicherheit durch einheitliche Regeln in der EU. Mit dem Digital Services Act wird der EU-Digitalstrategie ein weiterer Mosaikstein hinzugefügt. Online-Plattformen müssen in Zukunft illegale Inhalte „unverzüglich“ entfernen, was bedeutet, dass sie nach einer Meldung innerhalb einer Frist von

24 Stunden reagieren müssen. Zudem müssen sie die nationalen Justizbehörden informieren, wenn sie eine „schwere Straftat“ vermuten, die „das Leben oder die Sicherheit von Personen“ bedroht. Da sich in digitalen Medien Desinformationen und Hetze wie ein Laubfeuer verbreiten, müssen sehr große Plattformen mit über 45 Millionen monatlichen Nutzer:innen in der EU künftig das Ausmaß solcher Nutzungen in ihren Diensten bewerten. So soll es in Zukunft deutlich einfacher werden, gezielte Gegenmaßnahmen betreffend Desinformation, Verbreitung von illegalen Inhalten und der systematischen Verletzung von Grundrechten einzusetzen. Darüber hinaus wurde ein Krisenmechanismus verankert, der – beispielsweise bei Ausbruch einer Pandemie oder eines Krieges – der Kommission die Möglichkeit gibt, eine außerordentliche Kontrolle der aktuellen Risikoabwägung vorzunehmen. Online-Marktplätze müssen zukünftig die Identität von Händlern überprüfen und stichprobenartig nach gefälschter und illegaler Ware suchen. Auch der Einsatz von „Dark Patterns“, die Verbraucher:innen zu einer Kaufentscheidung manipulieren sollen, soll dank des Einsatzes der S&D-Fraktion verboten werden.

Keine unerwünschte Werbung mehr

Des Weiteren konnte auf Druck meiner Fraktion ein Verbot von personalisierter Werbung auf Grundlage besonders geschützter Informationen erreicht werden. Das, was die Datenschutzgrundverordnung bereits jetzt als sensibelste Datenkategorie schützt, nämlich die Informationen über Gesundheit, religiöse Überzeugungen, sexuelle Vorlieben oder politische Ansichten, darf nicht mehr für gezielte Werbung genutzt werden. Ein großer Verhandlungserfolg für die S&D ist es auch, dass Minderjährigen keine gezielte und auf sie personalisierte Werbung mehr gezeigt werden darf.

Bei systematischen Verstößen gegen den DSA können Strafzahlungen von bis zu sechs Prozent des weltweiten Umsatzes verhängt werden. Der Digital Services Act ist Teil eines Pakets gemeinsam mit dem Gesetz über digitale Märkte (Digital Markets Act), das vor allem die Marktmacht von Tech-Giganten wie Google und Facebook durch strengere Regeln beschränkt. Auf dem langen Weg zur Vollendung des digitalen Binnenmarkts sind nun wichtige Grundsteine gelegt. Es liegt aber auch noch viel Arbeit vor uns, um unsere digitalen Grundrechte zu verteidigen. Als Innenpolitische Sprecherin der S&D ist das einer meiner Schwerpunkte.

Geflüchtete aus der Ukraine: Wir brauchen eine gemeinsame europäische Antwort

Seit dem 24. Februar führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Diese schrecklichen Geschehnisse haben seither rund sechs Millionen Menschen gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen. Die Auswirkungen des Krieges spüren wir alle und europaweit haben viele Mitbürger:innen enorme Solidarität mit den geflüchteten Menschen gezeigt. So zum Beispiel auch in meinem Heimatort Arnsberg, wo es viele Hilfsangebote für aus der Ukraine geflüchteten Menschen gab und weiterhin gibt.

Und auch in Brüssel hat diese Herausforderung unsere Arbeit in den letzten Monaten bestimmt. Im Vergleich zu der Situation von 2015/2016 wurden jedoch entscheidende, andere Lösungsansätze gewählt. Denn am 4. März haben die Mitgliedstaaten entschieden, die Richtlinie über vorübergehenden Schutz anzuwenden. Dies ist ein bedeutender Vorgang in der EU, da diese Regeln erstmalig seit ihrer Einführung im Jahr 2001 zur Geltung kommen.

Diese Bestimmungen zum vorübergehenden Schutz gewähren die sofortige Unterstützung, einschließlich des Rechts auf eine Aufenthaltsgenehmigung, Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Wohnraum und medizinischer Versorgung. Denn auch wenn gerade zu Beginn viele Geflüchtete bei Angehörigen unterkommen konnten, galt es dringend Hilfe und Unterstützung auf staatlicher und auf europäischer Ebene zu organisieren. Diese Ratsentscheidung zum temporären Schutzstatus habe ich deshalb, ebenso wie meine Fraktion der Sozialdemokrat:innen im Europäischen Parlament, ausdrücklich begrüßt. Damit wurden schnell Voraussetzungen geschaffen, um unbürokratisch Hilfe anzubieten, um den Menschen Sicherheit und Stabilität zu garantieren.

Dass in dieser außergewöhnlichen Situation und in der Kürze der Zeit nicht alle Probleme sofort einwandfrei gelöst werden konnten, ist nachvollziehbar. Einer der größten Kritikpunkte der ansonsten positiven Entscheidung ist jedoch der Umgang mit Menschen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, aber keinen ukrainischen Pass haben.



Denn entgegen den Leitlinien der Kommission werden unterschiedliche Regeln eingeführt: für Menschen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit und für Drittstaatsbürger:innen, auch wenn letztere schon lange rechtmäßig in der Ukraine gelebt haben. Und so gibt es leider Berichte über unterschiedliche Behandlung der Geflüchteten, z.B. bei nicht-verheirateten Paaren, in denen nur ein Teil die ukrainische Staatsbürgerschaft hält. Meine S&D-Fraktion hatte die Mitgliedstaaten aufgerufen, den Beschluss großzügig auszulegen und allen aus der Ukraine geflüchteten Menschen den gleichen temporären Schutz anzubieten – insbesondere, wenn diese nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können.

Ebenso hatten wir Sozialdemokrat:innen die Kommission aufgefordert, einen speziellen Schutz-Mechanismus für Kinder aus der Ukraine vorzustellen. Damit sollen die Rechte von Kindern gewahrt und ihre besonderen Bedürfnisse in den Fokus genommen werden. Das gilt insbesondere für unbegleitete Minderjährige, da sie Ausbeutung, Missbrauch und Menschenhandel noch drastischer ausgeliefert sind als andere Flüchtende. Wir sollten alle unsere zur Verfügung stehenden Instrumente anwenden, um die Rechte der geflüchteten Kinder zu schützen, ihnen Wohnraum und Schulbildung sowie psychosoziale Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

Um diesen Forderungen für den speziellen Schutz der Minderjährigen Nachdruck zu verleihen, haben wir einen Entschließungsantrag eingebracht, mit dem sich das Europäische Parlament auch offiziell eindeutig positioniert. Als Berichterstatterin meiner Fraktion für

diese Entschließung bin ich erfreut, dass sich der absolute Großteil meiner Kolleg:innen der anderen Fraktionen unserem Antrag angeschlossen und diesen mit großer Mehrheit beschlossen haben.

Aber auch finanziell unterstützt die EU die Mitgliedstaaten und die geflüchteten Menschen. So werden, unter anderem aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, schnell bis zu ungefähr 400 Millionen Euro als Notfallhilfe für Erstaufnahme und das Grenzmanagement zur Verfügung gestellt. Aus Regionalfonds können dazu noch einmal rund 11 Milliarden Euro für langfristige Bedürfnisse hinzukommen.

Abschließend ist es wichtig, die aktuellen Entwicklungen auch im Hinblick auf die fortwährenden Verhandlungen zur europäischen Asylreform zu sehen. Klar ist, dass die EU deutlich gezeigt hat, dass sie in der Lage ist, auch mit Millionen von Schutzsuchenden effektiv, schnell und hilfsbereit umzugehen. Die Grundlage dafür ist der politische Wille der Mitgliedstaaten.

Es wäre wünschenswert, wenn wir durch die aktuellen Erfahrungen auch dem Abschluss einer solidarischen Asylreform etwas näherkommen würden. Dabei sollten wir auch im Blick behalten, wie positiv sich eine schnelle soziale und medizinische Absicherung, Zugang zum Arbeitsmarkt oder, insbesondere für Kinder und Jugendliche, zum Bildungssystem auf die Inklusion der vertriebenen Menschen in unsere Gesellschaft auswirkt. Ich werde mich deshalb weiter dafür einsetzen, dass die Unterstützung und Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine – die richtig und wichtig war – für alle geflüchteten Menschen umgesetzt wird.

Termine vor Ort in NRW



Projekttag am Hubertus-Schwartz-BK Soest

Ins Jahr 2022 startete ich mit Projekttagen an mehreren Schulen in Südwestfalen. Am Gymnasium Warstein und am Soester Hubertus-Schwartz-Berufskolleg (Bild) wurde im Rahmen der Projekttage die

Bedeutung der Europäischen Regionalpolitik für unsere Region erörtert. Schüler:innen des Käthe-Kollwitz-Berufskollegs in Hagen hatten ihren Projekttag mit dem Schwerpunkt „Chancen und Vorteile der Euro-

päischen Union“ sehr gut vorbereitet und sich auch mit der Kritik an europäischer Gemeinschaft auseinander gesetzt.

Teilnehmende des FSJ – Freiwilliges Soziales Jahr „löcherten“ mich im Rahmen eines EU-Seminars mit unzähligen Fragen u. a. zu meinem Alltag als Europaabgeordnete, dem Bezug des Europäischen Parlaments zu anderen EU-Institutionen oder den Umgang meiner sozialdemokratischen Fraktion mit Vertreter:innen anderer Parteien. Besonders gefreut hat mich dieses Gespräch, da es durch die Vermittlung einer meiner ehemaligen Girls' Day-Bewerber:innen zustande kam.

Mit der AG 60plus Hochsauerland debattierte ich im April über den russischen Angriff auf die Ukraine und die möglichen Entwicklungen des Krieges auf die europäische Sicherheits-, Flüchtlings- und Außenpolitik.

Und natürlich habe ich schon traditionell wieder mit großer Freude an mehreren Kundgebungen zum Tag der Arbeit teilgenommen. Am Abend des 30. April war ich bei der Kundgebung des DGB in Olpe und am 1. Mai folgten dann die Kundgebungen des DGB HSK in Meschede und anschließend des DGB Kreis Soest in Lippstadt.

Impressum

Verantwortlich: Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 27 · 59494 Soest
Telefon: 02921 599 1750 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de
www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion: Birgit Sippel MdEP / S&D-Fraktion im EP

Satz: ensemble»design, Soest

Fotos: Birgit Sippel MdEP · ©tarikdiz – adobestock.de · © Europäisches Parlament 2022

